

# Politischer Wegweiser für Freiheit und Vaterland

Erscheinungstage: 10. und 25. im Monat. Bezugspreis 75 Pf. monatlich

Nr. 9

Halle (Saale), 10. Mai 1931

12. Jahrgang

## Unser diesjähriger Wahlkreisparteitag in Weißentfels

Es war ein wirkungsvoller Auftakt, als am Vorabend, dem 2. Mai, Reichsfinanzminister Dietrich im überfüllten Saal der Stadthallen einen ausgezeichneten Vortrag über die politische und wirtschaftliche Lage hielt. Die Politik Dietrichs ist heiß umstritten, aber wenn er spricht und in seiner offenen Art die Dinge beim richtigen Namen nennt, steht seine Zuhörerschaft ausnahmslos unter dem Bann dieser Persönlichkeit, und Freunde und Gegner beherrscht der Eindruck, daß hier ein Mann mit redlichstem Willen, mit umfassender Kenntnis der Materie und mit heißer Liebe zu Volk und Vaterland alle Kräfte einsetzt. Er schilderte die durch den Ausgang der Septemberwahlen aufs äußerste angespannte wirtschaftliche Lage des vergangenen Winters und erörterte dann die hauptsächlichsten in der Zukunft zu bewältigenden Probleme. Und als er am Schluß an das Vertrauen des Volkes zu sich selbst und zur Regierung appellierte und hinzufügte, daß sein Tun stets von der Verantwortung beherrscht sei, der Wirtschaft das Leben nicht zu erschweren und die Realbezüge der breiten Masse nicht zu verringern, dankte ihm ein Beifall, wie er gleich stark in öffentlichen Versammlungen nicht oft gehört wird.

Am nächsten Tage begannen die von Delegierten aus den Kreisen und Ortsgruppen sehr zahlreich besuchten Verhandlungen des Parteitags. Nach Entgegennahme des Geschäfts- und Kassenberichts und nach zwei Referaten, die für Frauen und Männer praktische Winke zur Belebung der Agitation gaben, ergriff Minister Dr. Schreiber das Wort zu seinem Vortrage über „Der Kampf um Preußen“. Auf die engen politischen Zusammenhänge zwischen Reich und Preußen hinweisend, hob Dr. Schreiber hervor, daß die Regierung Brüning-Dietrich durch eine Umgestaltung der Steuerpolitik den Anfang damit gemacht hat, die Produktion von dem übermäßigen Steuerdruck zu befreien. Die Lage der Landwirtschaft wurde durch die Beseitigung von 85 Millionen Rentenbankzinsen jährlich erleichtert, während die Industriebelastung 1930 und 31 um je 50 Millionen gesenkt wurde. Im Jahre 1932 werden Betriebe von unter 1 Million Betriebskapital keine Industriebelastung mehr zu zahlen haben. Gewerbesteuer, Grundvermögensteuer, Hauszinssteuer, Vermögenssteuer, Umsatzsteuer, Post- und Eisenbahntarife wurden gesenkt. Jetzt steht die Regierung vor der schwierigen Aufgabe, die Reform



der Arbeitslosenversicherung (Saisonarbeiterfrage — Zusammenfassung von Krisen- und Wohlfahrtsfürsorge — Beseitigung von zu starker Uniformierung). — Von außenpolitischen Fragen betonte der Minister die Bedeutung der deutsch-österreichischen Zollunion für die reichsdeutsche Wirtschaft.

Zu den preußischen Fragen übergehend, geißelte Dr. Schreiber die Unwahrhaftigkeit und Verleumdungen des Kampfes um Preußen. Es sei das Gegenteil von dem Geiste der Volksgemeinschaft, wenn man die preußische Regierung als mit Frankreich und Polen im Bunde bezeichne. Wenn in Preußen am 14. September 1930 gewählt worden wäre, würden von 534 Abgeordneten nur 233 hinter den Parteien stehen, die heute das Volksbegehren unterstützten. Man habe daher kein Recht, sich auf die Demokratie zu berufen. Die Parole: Preußen soll preußisch werden, sei eine hohle Phrase. Kein Mensch sehne sich nach den preußischen Vorkriegsverhältnissen zurück. Die preußische Personalpolitik könne sich sehen lassen. Von 12 Oberpräsidenten seien 3 Volksparteiler, von 33 Regierungspräsidenten 9 Angehörige der Rechten und von 408 Landräten gehörten 203 Rechtsparteien an. Die Kirchen hätten bisher von dem „roten“ Preußen jährlich mehr als doppelt soviel an Zuschüssen erhalten als sie von der Monarchie empfangen hätten. Die jetzige preußische Regierung habe von den vier Aufgaben, die sie bei ihrem Regierungsantritt vorgefunden habe: der Kronabfindung, der Groß-Hamburg-Frage, der Konkordatsfrage und der Verwaltungsreform die drei ersten gelöst. Die preußischen Finanzen seien in vorbildlicher Ordnung. Es sei auf das tiefste zu beklagen, daß der Volksentscheid, lediglich um Unruhe zu stiften, in außenpolitisch schwierigster Zeit den innenpolitischen Streit in den Vordergrund schiebe. Das sei eine schwere Schädigung unserer nationalen Interessen.

Auch auf die Frage der Reform der Arbeitslosenversicherung ging Dr. Schreiber ein und bekannte sich hierbei zu der Ansicht, daß es notwendig sei, das ganz anders gelagerte Risiko der Angestellten von dem Risiko der Arbeiter abzuhängen. — Die große Versammlung dankte dem Redner durch anhaltenden Beifall. Am Abend vorher hatte Dr. Schreiber in einer öffentlichen Versammlung in Bad Kösen gesprochen.

Nach einer regen Aussprache und einem die Aufgaben und Ziele der Deutschen Staatspartei treffend kennzeichnenden Schlußwort von Dr. Schreiber erledigte der Parteitag die ihm obliegenden Wahlen. Es folgte Wiederwahl der 3 Vorsitzenden, des Kassenführers und der Hauptvertrauensfrau. In den Reichsparteiausschuß wurden Herr Schwarz, Halle, und Löber-Falkenberg gewählt. Stellvertreter sind Busse-Eisleben und Frau Habe-Halle. Außerdem gehört Herr Dr. Wandersleb als Mitglied des Reichsparteivorstandes dem Reichsparteiausschuß an. Auf Beschluß des Parteitages soll die Konstituierung eines kommunalpolitischen Ausschusses in einer am Sonnabend, dem 6. Juni, nach Halle einzuberufenden Tagung erfolgen. — Eingelaufene

Anträge wurden dem geschäftsführenden Vorstand als Material überwiesen. — Die eindrucksvoll verlaufene Veranstaltung des Parteitags schloß der Vorsitzende Dr. Wandersleb mit Dankesworten und einem begeistert aufgenommenen Appell zur Mitarbeit.

**Halle.** Die Ortsgruppe veranstaltete eine Mitgliederversammlung, die einen starken Besuch aufzuweisen hatte. Einleitend gedachte der Vorsitzende, Herr Schwarz, der verstorbenen Mitglieder, der Herren Lehmann und Jakobs. Die Partei verliert in Ihnen zwei aufrechte und überzeugte Mitarbeiter. Nach Erledigung einiger geschäftlicher Dinge referierte der Vorsitzende des Wahlkreisverbandes, Landrat Dr. Wandersleb über den „Radikalismus im deutschen Parteileben“. Seine Darlegungen, von genauester Kenntnis der Materie getragen, behandelten eingehend die Probleme der radikalen Flügelparteien und fanden starken Beifall in der Versammlung. Eine lebhaft ausgeführte Aussprache beschloß den eindrucksvoll verlaufenen Abend. — Der **Beamtenausschuß** hielt am 6. 5. eine gutbesuchte Sitzung ab. Anstelle des verstorbenen 1. Vorsitzenden Lehmann wurde Herr Wölfer gewählt. Hierauf referierte Stadtrat Dr. Hiller über das Thema „Der Gehaltsabbau der Beamten“. Die Ausführungen fanden starkes Interesse und führten zu einer lebhaften Aussprache. — Am Dienstag, den 12. 5. abends 8 Uhr, hält die Ortsgruppe wieder ihren allmonatlich stattfindenden politischen Ausspracheabend ab, zu dem alle Mitglieder und Freunde der Partei eingeladen sind. Tagungsort: Nicolaus, Zimmer am schwarzen Brett.

#### **Kommunalpolitischer Ausschuß der Staatspartei**

Auf der Kommunalpolitischen Tagung in Berlin wurde u. a. auch Stadtrat Dr. Hiller, Halle, in den Vorstand gewählt. Dem Kommunalpolitischen Ausschuß gehören aus unseren Wahlkreise Landrat Dr. Wandersleb, Querfurt, und Gemeindevorsteher Cornely, Leuna, an.

**Das Volksbegehren im Dankgottesdienst. Neuer Mißbrauch der Kirche.** Der „Königin Luise-Bund“ in Merseburg hatte zu einem gemeinsamen Kirchgang aus Anlaß des „Sieges“ im Volksbegehren eingeladen, an dem auch der Stahlhelm teilnahm. Es handelte sich nicht etwa um einen besonders angesetzten Gottesdienst, sondern um den üblichen, für jeden Bürger zugänglichen Sonntagsgottesdienst. Das „Merseburger Tageblatt“, ein rechtsstehendes Blatt, hat über diese Veranstaltung berichtet. Danach führte der Pfarrer, **Pastor Riem**, aus: „Der rechte Christ weiß nichts von Mutlosigkeit und Verzagttheit. Und gerade in diesen Tagen erlebten wir selbst, daß ein mutiger Glaube, daß frisches Anpacken, daß altpreußische Tatkraft Großes erreichen können. Millionen Preußen sind trotz aller Schwierigkeiten dafür eingetreten, daß Recht und Gerechtigkeit tapferer Sinn und Frömmigkeit wieder unseres Volkes Ruhm

und Ehre werden, in allen Ständen, Gliedern und Aemtern. Ihr evangelischen Arbeiter und Gewerkschaftler, Ihr Männer und Frauen, Jünglinge und Jungmädchen vom Stahlhelm und Luisenbund, Ihr wollt danken dem Herrn, unserem Gott, für den Erfolg, den er Eurer Arbeit geschenkt hat, und wöllt neue Kraft mitnehmen zu neuem Wirken und Schaffen. Wir als Christen und Glieder der Kirche verwerfen nicht den Plan, nachdem soziales und staatliches Leben aufgebaut ist, aber wir erheben namens des Evangeliums unsere Stimmen, wenn wir sehen, daß die Entwicklung wider das Seelenheil, wider das wahre Wohl der Menschheit geht, wenn sich wirtschaftliche oder politische Formen als Schädigung der heiligen Güter erweisen.“

Der Vorfall hat in Merseburg begreifliches Aufsehen erregt und es wird angenommen, daß sich die Kirchenbehörden mit diesem unerhörten Vorgang noch beschäftigen werden.

#### Entlarvter Schwindel beim Volksbegehren.

Das vom Stahlhelm verbreitete Flugblatt, das angeblich vom Rat der Volksbeauftragten am 9. 11. 18. herausgegeben sein sollte, hat sich endgültig als ein Schwindelmanöver entpuppt. Die Regierung hatte sofort die Echtheit bestritten, der Stahlhelm blieb aber bei seiner Behauptung und nannte sogar den Drucker, der das Flugblatt hergestellt haben soll. Es sollte der Drucker Weidlich in Hamburg sein. Darauf ist jetzt amtlich festgestellt, daß ein Rat der Volksbeauftragten am 9. November überhaupt noch nicht bestand, sondern erst am 10. November ernannt wurde und sich darauf konstituierte. Noch übler ist der Reinfall mit dem angeblichen Hauptbeweis für die Echtheit der Volksbeauftragtenproklamation: Der Drucker Weidlich hat im November 1918 in Hamburg überhaupt noch keinen Betrieb gehabt, erst im Jahre 1921 hat sich Herr Weidlich einen Gewerbeschein besorgt, aber noch im Jahre 1928/29 in Hamburg als Papierwarenhändler gelebt. Dann erst hat er schließlich auch eine kleine Druckerquetsche aufgemacht, mit der er aber unmöglich bereits zehn Jahre vorher ein Flugblatt der Volksbeauftragten hat drucken können.

„Sinnenfroher Landsknechtsstil!“ So lebt der SA-Mann! Das Pfälzer Organ der Nazis, „Die Rheinfront“ schreibt über den „neuen Lebensstil“ der Hakenkreuzlerei; über den Lebensstil der SA-Soldaten sagt sie: „Wenige werden es von den Außenstehenden begreifen, daß der Verkehrston innerhalb der SA alles andere als keusch und still ist. Hier herrscht vielmehr ein sinnenfroher Landsknechtsstil: das Lager unserer Braunhemden ist nicht das puritanische Lager Cromwells.“ Das entspricht genau den Anweisungen Hitlers, der in seinen SA-Leuten ein Institut für „rauhe Kämpfer“ und nicht, wie er selbst anführte, ein zur Erziehung für höhere Töchter bestimmtes zu sehen wünscht.

Verlag: Deutsche Staatspartei, Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30  
Verantwortlich: Johannes Dornblüth, Halle (Saale).

# Politischer Wegweiser für Freiheit und Vaterland

Erscheinungstage: 10. und 25. im Monat. Bezugspreis 75 Pf. monatlich

Nr. 9

Halle (Saale), 10. Mai 1931

12. Jahrgang

## Unser diesjähriger Wahlkreisparteitag in Weißentfels

Es war ein wirkungsvoller Auftakt, als am Vorabend, dem 2. Mai, Reichsfinanzminister Dietrich im überfüllten Saal der Stadthallen einen ausgezeichneten Vortrag über die politische und wirtschaftliche Lage hielt. Die Politik Dietrichs ist heiß umstritten, aber wenn er spricht und in seiner offenen Art die Dinge beim richtigen Namen nennt, steht seine Zuhörerschaft ausnahmslos unter dem Bann dieser Persönlichkeit, und Freunde und Gegner beherrscht der Eindruck, daß hier ein Mann mit



der Materie und  
die Kräfte einsetzt.  
temberwahlen aufs  
des vergangenen  
ten in der Zukunft  
m Schluß an das  
gierung appellierte  
Verantwortung be-  
zu erschweren und  
verringern, dankte  
öffentlichen Ver-

elegierten aus den  
esuchten Verhand-  
e des Geschäfts-  
n, die für Frauen  
er Agitation gaben,  
nem Vortrage über  
tischen Zusammen-  
hob Dr. Schreiber  
durch eine Umge-  
gemacht hat, die  
k zu befreien. Die  
Beseitigung von  
ntert, während die  
nen gesenkt wurde.  
Million Betriebs-  
haben. Gewerbe-  
Vermögenssteuer,  
len gesenkt. Jetzt  
fgabe, die Reform

